

Für eine Neuordnung der Agenda nationaler und internationaler Politik

Ökologische Industriepolitik als Zentrum einer

erneuerten „progressive governance“ | von Matthias Machnig ■ ■

„Progressive Governance“ setzte Ende der neunziger Jahre darauf, auf Trends und Herausforderungen eine politische Antwort zu geben. Wenn es heute um die „Future of progressive governance“ geht, sollten wir eine kurze (Zwischen)Bilanz ziehen.

□ Widersprüchliche Reformbilanz

„Progressive governance“ war der Versuch, Sozialdemokratie und Marktliberalismus miteinander zu verbünden. Politisch knüpft das Konzept an die Erfahrung an, dass politische Macht nur noch in punktuellen Bündnissen zu organisieren ist und nicht mehr auf strukturelle Mehrheiten bauen kann. Deswegen zielt „progressive governance“ machtpolitisch im Kern auf die Mitte der Gesellschaft, um alte und neue Mittelschichten für die Idee und die Partei der Sozialdemokratie zu begeistern.

» » „Progressive governance“ setzt dabei auf eine neue Synthese von Gerechtigkeit und Modernisierung. Unter der Konstellation der New Economy hatte dabei die Balance von Sozialem und Ökonomie allerdings eine leichte Schlagseite hin zur Wirtschaft. Diese neue Synthese manifestierte sich u.a. in:

- der Verlagerung von Macht und Steuerungsleistung in die Gesellschaft hinein [Deregulierung],
- der Verlagerung von Verantwortung auf das Individuum. [Workfare statt welfare],
- und – damit zusammenhängend – eine veränderte Rolle des Staates [Aktivierender Staat]

» » Das hat eine Zeitlang gut geklappt: in Deutschland, in Großbritannien, in Schweden – ja fast in ganz Europa und in den USA. Heute müssen wir sagen: Die Reformbilanz ist widersprüchlich. Einerseits gelang es, ökonomische Dynamik zu schaffen und einen Kollaps, z.B. der sozialen Sicherungssysteme, zu verhindern. Aber wir sind noch weit davon entfernt, eine neue stabile Konstellation erzielt zu haben. Unter den veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen haben sich die Hoffnungen, die sich mit der Verlagerung politischer Steuerungsmacht in die Gesellschaft hinein verbunden haben, nicht erfüllt.

Auch ideologisch kam mit der Krise des Neoliberalismus die Verknüpfung von liberaler Marktwirtschaft und Sozialdemokratie unter Druck. In der Folge muss es darum gehen, wieder einen stärkeren Fokus auf die soziale Frage zu legen und den Zweiklang von Ökonomie und Sozialem zu erweitern.

□ Gerechtigkeit als Markenzeichen

Wir brauchen einen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dabei darf das Markenzeichen der Sozialdemokratie nicht verloren gehen: Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie muss heute für ein Verständnis von Gerechtigkeit stehen, das eng verknüpft ist mit materieller Sicherheit. Das bedeutet auch, neu über die Verteilungsfrage zu sprechen. Das Empfinden über soziale Ungerechtigkeit ist in den vergangenen Jahren rapide gewachsen. Das spiegelt zweierlei:

- eine veränderte, vielleicht auch nur radikalisierter Realität, in der Rekord-Profite und der Abbau von Arbeit Hand in Hand gehen und die Kluft von Arm und Reich immer stärker geworden ist,
- eine tiefe Verunsicherung bei den Menschen. Das veränderte Verhältnis von Staat und Individuum und der Umbau sozialstaatlicher Strukturen hinterlässt Spuren.

» Symptomatisch ist, dass Globalisierung heute kein positiv besetzter Begriff mehr ist. Die Menschen haben das Gefühl, dass die Vorteile bei ihnen nicht ankommen. Die Folgen sind für eine Sozialdemokratie, deren Rolle als Sachwalter sozialer Gerechtigkeit in Frage gestellt wird, gravierend. Wir erleben, dass die Erosion sozialdemokratischer Milieus voranschreitet, ohne dass im Kampf um die „neue Mitte“ diese Verluste kompensiert worden wären. Einerseits erleben wir eine Hinwendung fast aller politischen Kräfte in die sogenannte Mitte, insbesondere die urbanen Mittelschichten. Gerade die Konservativen haben gezielt begonnen, um diese urbane, eher linksorientierte Klientel gezielt zu werben und modernisieren ihre Familien-, Integrations- und Umweltpolitik. Zugleich ist das Gerechtigkeitsthema längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Eine „anything goes“ Mentalität der neunziger Jahre, die durch Aufstiegsorientierung und die Hoffnung auf das schnelle Geld charakterisiert war, ist längst der „Angst vor dem Absturz“ gewichen. Auch die Mitte nimmt die Gesellschaft als zunehmend polarisiert wahr.

„Progressive Governance“ muss unter diesen Bedingungen heißen: Eine Balance von Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu entwickeln, die um ein belastbares Konzept von Gerechtigkeit herum ihre Bündnisse organisiert. Eine starkes, belastbares Konzept von Gerechtigkeit bedeutet: Gerechtigkeit im umfassenden Sinne zu thematisieren, nicht bloß als Chancengerechtigkeit. Es geht um Teilhabe, die materiell abgesichert ist und nicht nur um das Versprechen politischer Teilhabe. Es geht um Gerechtigkeit, die sich mit Sicherheit verknüpft und die die Angst vor dem Absturz ernst nimmt und nicht als Fürsorgementalität denunziert.

□ Wandel durch Sicherheit

Die Botschaft des alten „progressive governance“-Ansatzes war: „Sicherheit durch Wandel“. Das hieß: Umbau der Sozialsysteme, damit wohlfahrtsstaatliche Leistungen auch in Zukunft finanzierbar sind.

» Der Bedarf an Modernisierung der nationalen Wohlfahrtsregime besteht nach wie vor. Aber diese Botschaft strahlt nicht mehr aus. Sie führt im Gegenteil dazu, dass entweder Traditionalisten und Sozialromantiker an Einfluss gewinnen oder aber konservative Parteien erfolgreich in sozialdemokratischen Gefilden wildern – beides können wir in Deutschland zur Zeit beobachten. Heute muss die Botschaft deshalb lauten: „Wandel durch Sicherheit.“ Die Bereitschaft der Menschen, Veränderung zu unterstützen und zu tragen, hängt davon ab, dass wir nicht falsche Sicherheit versprechen, sondern deutlich machen, dass die Verantwortung nicht allein an Individuen delegiert wird. Nicht allein der ermöglichende Sozialstaat, auch nicht der fürsorgende Sozialstaat, sondern der gewährleistende Sozialstaat muss unsere Vision sein.

Progressive governance braucht progressive government. Der Staat ist wieder rehabilitiert. Die Linke muss deutlich machen: Wir brauchen einen aktiven und einen gestaltenden Staat, der über die nötigen Ressourcen verfügt.

» Die Trennlinie zwischen sozialdemokratischer Politik und konservativer und liberaler Politik wird an der Frage von Gerechtigkeit und Teilhabe sowie an der Rolle des Staates bzw. der Verrechtlichung und Institutionalisierung von internationalen Beziehungen verlaufen.

Der Artikel basiert auf dem Beitrag auf der Konferenz der FES und Policy Network „Social Democracy in Europe“ zum Thema „Realigning the progressive domestic and international Agenda“ am 8. Februar 2008 in London.

»» Das gilt für die Innenpolitik und für die Außenpolitik. Re-Regulierung und die Einbettung von Marktprozessen werden eine entscheidende Herausforderung für progressive governance spielen. Wir können dabei an reale Veränderungsprozesse anknüpfen. Denn wir erleben den Wandel bereits, nicht zuletzt bei Weltbank und IWF. Erinnern wir uns an die neoliberalen Sanierungs- und Strukturierungsprogramme. Das Credo und Voraussetzung für internationale Hilfen war über Jahre und Jahrzehnte: Der Staat muss sich zurückziehen. Jetzt wird selbst dort immer deutlicher, dass ein funktionierender Staat und staatliche Institutionen eine zentrale Voraussetzung für effiziente Armutsbekämpfung sind (post washington consensus).

□ Ökologische Industriepolitik

Energie und Rohstoffe werden knapper und teurer. Zugleich bedrohen das Bevölkerungswachstum, die nachholende Industrialisierung und ein weltwirtschaftlicher Wachstumsschub unser Ökosystem in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Infolgedessen müssen Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Ökologische Industriepolitik zielt daher auf:

- Technologiesprünge bei den integrierten Umwelt- und Effizienztechnologien, vor allem in den industriellen Kernbereichen Energie und Stoffnutzung,
- „Nachhaltige Industrialisierung“ und einen Industrialisierungssprung auf ein hohes technologisches, ressourceneffizientes Niveau statt der Wiederholung alter Industrialisierungssünden in den Entwicklungs- und Schwellenländern,
- bessere Ausrichtung der Industrie auf die Leitmärkte der Zukunft, insbesondere um heimische Industrie und Arbeitsplätze vor allem nicht gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen geraten zu lassen,
- energetische und stoffliche Umstellung der industriellen Produktionsstrukturen auf knapper werdende Ressourcen.

»» Damit verknüpft sich auch die soziale Dimension – nicht nur zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung. Hohe Energiepreise treffen beispielsweise jene besonders, die ein geringes Haushaltseinkommen haben. Auf internationaler Ebene brauchen wir einen funktionierenden Ordnungsrahmen und starke politische Institutionen, die seine Funktionsfähigkeit garantieren. Verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, die insbesondere die USA, Indien, China, die EU, Russland und Japan umfassen, sind ein unverzichtbarer Bestandteil jeder künftigen Klimaschutzarchitektur. Aber sie bilden nur ein strategisches Element. Unterhalb dieser Schwelle muss über aktive Formen des Technologietransfers und -exports nachgedacht werden und über die konkrete Ausgestaltung von Technologiekooperationen sowie einer Neuausrichtung der Handelspolitik. Als weiteres Element muss die institutionelle Aufwertung der UNEP hinzukommen.

Die internationale Klimapolitik muss auch Gerechtigkeitsfragen adressieren. Die Länder, die heutzutage am meisten zum Klimawandel beitragen, weil sie ungleich mehr Treibhausgase emittieren als andere, werden aller Voraussicht nach weniger unter den Folgen zu leiden haben als jene, die zum globalen Klimawandel so gut wie gar nichts beitragen. Jene Länder dagegen, die am meisten unter den Folgen zu leiden haben, verfügen zugleich über die geringsten Mittel für kostspielige Anpassungsmaßnahmen. Die Umwelt- und Klimapolitik ist ein Testfeld für innovatives und erfolgreiches Regieren im 21. Jahrhundert – und damit für die Zukunft von „progressive governance“. Am Beispiel des Klimawandels wird deutlich, wie sehr die ökologische Frage inzwischen auch eine ökonomische und soziale Frage ist. Der Markt alleine wird den Klimawandel nicht aufhalten. Nicht zu Unrecht hat Nicholas Stern vom größten Marktversagen aller Zeiten gesprochen. Deswegen steht auch der Neoliberalismus der Klimakatastrophe so hilf- und tatenlos gegenüber. Wir brauchen deshalb eine aktive Politik und einen Staat, der als Pionier wichtige Wege weist. ■

↳ Matthias Machnig, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.